

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger für die Auerstädter die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Verkaufspreis 1 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Rubrikverteilung ist in den Anzeigen für die Auerstädter, die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Verkaufspreis 1 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Programme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 186

Montag, den 11. August 1924

19. Jahrgang

Hoffnung auf Einigung in London.

Der französische Kabinettsrat billigt Herriots Politik.

Herriots Erfolg in Paris.

Paris, 10. August. Das offizielle Communiqué, das früh 1 Uhr 30 Minuten nach dem Schluß des Ministerrates ausgegeben wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Ministerpräsident und seine Kollegen Clementel und General Rollet, die heute die auf der Londoner Konferenz zur Debatte stehenden Probleme in ihren verschiedenen Elementen übersehen, haben den Ministerrat davon unterrichtet, unter welchen Bedingungen die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen. Der Ministerrat hat ihnen einmütig seine volle Zustimmung erteilt.

Herriot, Clementel und General Rollet reisen heute, Sonntag, nach London zurück.

Die Vorgänge in der Nacht.

Paris, 10. August. Zu dem Ministerrat von heute nacht veröffentlicht Havas eine offizielle Auslegung, in der zu der durch das gestrige Communiqué bereits bekannten Begründung der Reise Herriots und seiner Mitarbeiter nach Paris u. a. gesagt wird:

Was die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes anbelangt, steht die französische Regierung im Einklang mit den Delegierten der alliierten, in London vertretenen Mächte auf dem Standpunkt, daß diese Frage nicht unter die Kompetenzen der Konferenz fällt und von ihr nicht zur Sprache gebracht werden kann. Herriot hat zu wiederholten Malen erklärt, daß die Räumung einer der Konsequenzen der Inkraftsetzung des Sachverständigenplanes sei und sich unter gewissen Bedingungen vollziehen werde. Die französische Regierung bleibt ihrer Verpflichtung getreu. Es liegt völlig auf der Hand, daß bei deren Verwirklichung die Sicherheitsgarantien Berücksichtigung finden werden, die Frankreich und Belgien zu fordern berechtigt sind. Marshall Foch hat sich dieser Auffassung völlig angeschlossen.

Die Havaserklärung bestätigt, daß der Ministerrat nach kurzem Meinungsaustausch seine Zustimmung zu den Ausführungen des Ministerpräsidenten, des Finanz- und Kriegsministers gegeben habe. Herriot habe die Nachricht bestätigt, daß beschlossene worden sei, daß auf der Londoner Konferenz eine weitere Konferenz folgen werde, die die Regelung der interalliierten Schulden zum Gegenstand haben soll. Sie werde erst in der zweiten Novemberhälfte, d. h. nach den amerikanischen Wahlen einberufen werden, so daß die Vereinigten Staaten daran teilnehmen können. Es sei aber zu erwarten, daß die wirtschaftlichen Fragen, sowie die Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung und dem Unterstützungspakt auf Gegenseitigkeit ohnehin Gegenstand späterer Unterhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen sein würden, jedoch siehe in diesen verschiedenen Punkten noch nichts endgültiges fest.

Zum Verfassungstag der deutschen Republik.

Der Reichsvorstand des Deutschen Republikanismus Reichsbundes erläßt zum Verfassungstag folgenden Aufruf:

Für Republik und Reichseinheit!

Zum 5. Male jährt sich der Tag, an dem Deutschland sich durch seine Weimarer Nationalversammlung die republikanische Verfassung gab. Und 10 Jahre sind verfloßen, seitdem das fürchtbare Geschehen des Weltkrieges seinen Anfang nahm. In dem hastenden Treiben unserer Zeit müssen wir uns doch besinnen auf die Merkmale deutscher Geschichte, die durch jene beiden Erinnerungen gekennzeichnet sind. Aus dem fürchtbarsten nationalen Zusammenbruch, den jemals ein Volk durch die Schuld seiner Führer erdulden mußte, ward in langsamer und zäher Arbeit die Grundlage geschaffen, um die Einheit des Deutschen Volkes zu retten und seine Freiheit wieder zu gewinnen. Aber eben nur die Grundlagen sind bisher gelegt; nur die Voraussetzungen für das Gelingen der Rettung und Befreiung sind bisher geschaffen.

Noch ist vieles zu tun.

Noch muß sich die junge Deutsche Republik Achtung und Anerkennung im Innern und im Ausland erringen.

Aber das schwere Werk der staatlichen Neugestaltung des Deutschen Reiches, der geistig kulturellen Umbildung und Wandlung des Deutschen Volkes muß vollendet werden.

Wir müssen heraus aus der geistigen Atmosphäre des bloßen Nachdankens, und wir müssen uns erfüllen mit dem Gedanken der Freiheit und Gerechtigkeit. Wir müssen der Welt und dem eigenen Volke zeigen, daß der Gedanke der Republik in Deutschland lebendig ist.

Die erste Unterschrift in London.

Paris, 9. Aug. Die Agence Havas berichtet aus London, Reichsfinanzminister Dr. Luther habe kurz vor Mitternacht der Reparationskommission mitgeteilt, die deutsche Delegation werde das Protokoll über die Durchführungsmaßnahmen des Dawesplanes unterzeichnen.

Paris, 10. August. Nach dem Londoner Sonderbericht-erstattet von Havas enthält das gestern von der Reparationskommission und Deutschland unterzeichnete Protokoll

1. die Verpflichtung der deutschen Regierung, die dem Reichstag zu unterbreitenden Organisationsgesetze, betr. die Notenbank, die Industrie- und Eisenbahn-Obligations, sowie ferner die Verpflichtung der Kontrolle der verpfändeten Einnahmen durchzuführen,
2. die Verpflichtung der Reparationskommission, die 800-Millionen-Goldmark-Anleihe zu fördern und den für die Ausführung des Sachverständigenplanes erforderlichen finanziellen Ausgleich vorzunehmen (Zahlungsanordnungen für die Uebergangszeit, Befahungsstellen usw.),
3. eine Bestimmung, auf Grund deren die Vertragsparteien sich verpflichten, sämtliche Streitigkeiten über die Auslegung des Protokolls vom 9. August, sowie das Sachverständigenplanes einer schiedsrichterlichen Entscheidung zu unterziehen,
4. einen allgemeinen Vorbehalt des Inhaltes, daß jede Partei ihre Verhandlungsfreiheit wieder erhält, falls die 800-Millionen-Goldmark-Anleihe nicht zustande kommt.

Berlin, 11. August. Der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Bracht, der der Londoner Delegation angehört, war am Sonntag in Berlin und wird sich heute vormittag im Flugzeug wieder nach London begeben. Der Zweck seiner Reise war dem Montag zufolge eine persönliche Information der in Berlin zurückgebliebenen Kabinettsmitglieder und des Reichspräsidenten über den bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz.

Begleiteter Empfang Herriots in Paris.

Paris, 10. Aug. Gestern abend kam Ministerpräsident Herriot in Begleitung von Clementel und General Rollet auf dem Nordbahnhof in Paris an. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich vor dem Bahnhof angesammelt, die beim Erscheinen Herriots in begeisterte Hochrufe ausbrach. Die Menge unterbrach die Abfertigung der Polizei und drang bis zum Auto Herriots vor unter ständigen Rufen: „Es lebe Herriot, es lebe der Friede.“ Einige Demonstranten brachen aus in den Ruf: „Es lebe Rollet.“

Paris, 10. August. Herriot betonte Pressevertretern gegenüber, das die deutsche Delegation in London sich vollkommen korrekt verhalten habe. Er fügte hinzu, daß nach seiner Ansicht noch vor Ende nächster Woche sich alle Delegationen über sämtliche Punkte einig sein würden.

Der 5. Jahrestag der deutschen Reichsverfassung muß in allen Teilen Deutschlands von den deutschen Republikanern festlich begangen werden. Kein überflüssiges, uns volksfremdes Gepränge vereine uns in diesen Stunden, sondern der Gedanke, daß der 11. August für die Deutschen Republikaner ein Tag des Erinnerens und des Gelobens sein müsse.

Ein Tag der Erinnerung an die schon geleistete Arbeit beim Neubau unseres Staates, ein Tag des Gelobens, in unerschütterlicher Treue zusammenzustehen, um das Werk von Weimar — die deutsche Republik und die Einheit des Reiches — der Vollendung und Größe entgegenzuführen.

Republikaner, schließt die Reihen!
Auf zum Festtag der Deutschen Republik!
Dr. Konrad Haenisch,
Staatsminister a. D., Wiesbaden.
Dr. Hugo Preuß,
Reichsminister a. D., Berlin.
Dr. Luppe,
Oberbürgermeister, Nürnberg.

Deutschland 1924.

So hebt die schwarz-rot-goldenen Fahnen
Und laßt sie durch die Lande wehen,
So geht den Fahnen Eurer Ahnen
Ein glorreich neues Auserstehen!
Nicht sechsunddreißigfach gespalten,
Sieht mehr in Eurer Wappen Sold!
Das Banner, dran wir einzig halten,
Ist unser heilig „Schwarz-Rot-Gold!“

Politische Rundschau.

Die Verfassungsfeier in Münster.

Münster, 10. August. Bei dem Festmahle, das im Anschluß an die Verfassungsfeier im althistorischen Rathhausaal stattfand, erariff in Vertretung des Reichsfinanzlers der Reichsminister für die besetzten Gebiete Höfle das Wort, um über den gegenwärtigen Stand der Londoner Konferenz zu berichten. Er überbrachte der Versammlung die Grüße des Reichsfinanzlers und erwirte u. a.: Das endgültige Ergebnis der Londoner Konferenz liegt noch nicht vor. Nach allem, was wir von ihr hören, scheint die Möglichkeit zu bestehen, daß eine Lösung gefunden wird. Zu übertriebenem Optimismus liegt keine Veranlassung vor, aber die Atmosphäre ist immerhin eine ganz andere als die bei den vorangegangenen Konferenzen. Während des Empfanges im Schloß hielt Reichspräsident Ebert vom Balkon eine wiederholt von lebhaften Beifallsbekundungen unterbrochene Rede, in der er betonte, daß der heutige Tag ein Bekenntnis zur Republik sein müsse. Er brachte auf die deutsche Republik ein von der Menge begeistert aufgenommenes Hoch aus.

Eine verbotene Verfassungsfeier.

Frankfurt a. M., 9. August. Die vom Ausschuh der vaterländischen Verbände für Sonntag nachmittag hier beabsichtigte Verfassungsfeier, die auf eine antirepublikanische Rundgebung hinauslaufen sollte, ist vom stellvertretenden Regierungspräsidenten verboten worden.

Wichtige Reichsratsbeschlüsse.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen öffentlichen Vollziehung einen Gesetzentwurf zur

Änderung des Postgesetzes

an. Im Falle des Verlustes oder der Beschädigung eines Paketes ohne Wertangabe sollen künftig für das Pfund 3 Mark Entschädigung gewährt werden, für eine eingeschriebene Sendung, die verloren geht, 40 Mark.

Weiter stand auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf über

Zölle und Umsatzsteuer.

Artikel 1 hebt die Verordnung auf, die am 4. August 1914 bei Kriegsbeginn erlassen wurde. Nunmehr sollen die landwirtschaftlichen Zölle zunächst in der autonomen Höhe wieder eingeführt werden für Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, frische Kartoffeln, Rindvieh, Schafe, Schweine, Speck und einfach zubereitetes Schweinefleisch. Sodann wird das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung und Herabsetzung von Zöllen vom 19. Juni 1921 verlängert. Dieses sah vor, daß nach Aufhebung der Handelsverträge durch den Friedensschluß die Reichsregierung die Ermächtigung hatte, in allen Fällen dringenden wirtschaftlichen Bedürfnissen von sich aus auf Grund der Ermächtigung die autonomen Zölle wieder herabzusetzen auf die Vertragszölle. Die Ermächtigung soll jetzt für einige Positionen derart erweitert werden, daß für diese eine Herabsetzung auch unter den Vertragsstarke möglich ist. Nach dem Regierungsvorschlag sollte diese Bestimmung gelten für Gefrierfleisch, Büchsenfleisch und Butter. Die Ermächtigung soll nur mit der Maßgabe gelten, daß der Zollfuß für Gerste nur auf 4 Mark für den Doppelzentner herabgesetzt werden kann. Nach Einführung der Agrarzölle soll auch das Einfuhrzollsystem wieder in Kraft treten. Die Ausschüsse des Reichsrates haben die von der Regierung erbetene Ermächtigung zur Herabsetzung der Zölle nur bis Ende Juni 1925 erteilt. Ferner wurde beschlossen, daß auch für Speck unter die Säge des Vertragstarifes herunter gegangen werden darf.

In der Abstimmung wurde die Vorlage nach den Beschlüssen der Ausschüsse mit 35 gegen 28 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten das preussische Staatsministerium, die Vertreter von Berlin und der Provinz Grenzmark Westpreußen-Posen, ferner von den Ländern Sachsen, Schaumburg-Lippe und die Vertreter der Hansestädte. Die Vertreter von Baden und Braunschweig enthielten sich der Abstimmung. Auch die Entscheidung zum Umsatzsteuergesetz wurde angenommen.

Truppenübungen im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet, 8. August. Die französische Besatzungsbehörde hat von der Stadtverwaltung Essen den Bau eines Benzintanks verlangt. Die Kosten dürften sich auf etwa 135 000 Goldmark stellen. Die Stadtverwaltung ist natürlich nicht in der Lage, den Bau auszuführen, da vom Reich Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverwaltung in Werden hat den Auftrag erhalten, eine neue Kaserne auszuführen, ebenso die Stadtverwaltung in Reddinghausen.

Diese Forderung hängt mit großen Truppenübungen zusammen, die seit einiger Zeit im nördlichen Ruhrgebiet im Gange sind. Frankreich hat nämlich kürzlich die neuen französischen Rekruten-Jahrgänge ins Ruhrgebiet geschafft, und diese werden hier weiter ausgebildet.

Schwere Arzawalle in Leipzig.

Leipzig 10. August. Die kommunistischen Organisationen hatten für heute vormittag nach dem Schloßheller im Stadteil Reudnitz Versammlungen einberufen, in denen die Parteifunktionäre die Versammelten aufforderten, auf die Straße

